

12/18 KLARTEXT

Bund der Steuerzahler in Bayern

Dezember 2018

www.steuerzahler-bayern.de



Rolf von Hohenhau
Interessenvertretung mit
Musterprozessen und ehren-
amtlichem Sachverstand

Hans Podiuk
Es ist Zeit, den Solidaritäts-
zuschlag abzuschaffen –
sofort und für alle

Klaus Grieshaber
Endspurt für Steuersparer:
Tipps des Bundes der
Steuerzahler in Bayern

Max Oelmaier
Praxistipps zur Kassenprüfung
und den Verhandlungen in der
Betriebsprüfung

**Neue Musterprozesse des
Bundes der Steuerzahler
Der Soli muss weg!**

Kleine Sünden besteuert der Staat sofort – Verbrauchssteuern als Mittel der Bürgererziehung

Von Dr. Ralf Schneider

Die Höhe der Einkommensteuer ist in Deutschland seit vielen Jahren ein Hauptthema der Politik und auch des Bundes der Steuerzahler.

Dabei vergisst man, dass die sogenannten Verbrauchsteuern die Bürger erheblich mehr belasten. Verbrauchsteuern auf bestimmte Güter und Dienstleistungen erlauben eine gleichmäßige Besteuerung und sind als indirekte Steuern weniger merklich, daher stoßen sie auf geringeren politischen Widerstand. Das ist gefährlich!

Verbrauchsteuern werden auf den Endverbraucher abgewälzt. Weil sie zur Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer zählen, kommt es auch noch zur Steuerkumulation. Wir zahlen also Umsatzsteuer auf die Verbrauchsteuern.

Die älteste Verbrauchsteuer auf deutschem Boden dürfte die Salzsteuer gewesen sein, die bereits im Fränkischen Reich

wirtschaftlich funktionieren diese scheinbaren Allheilmittel allerdings nur bedingt.

Aus ökonomischer Sicht ließen sich die diskutierten Steuern am ehesten rechtfertigen, wenn jemand mit seinem Konsum anderen schadet. Fachleute sprechen von externen Effekten. Führt jemand mit dem Auto oder heizt seine Wohnung mit Kohle, Gas oder Öl, steigert er den Ausstoß klimaschädlicher Gase. Dies verschafft der Politik die Legitimation, mit einer Ökosteuer korrigierend einzugreifen.

Doch meist geht es gar nicht um das Wohlbefinden der Bürger oder gar um unsere Umwelt, sondern schlicht und einfach um Kasse. So will die EU-Kommission mit einer Kunststoffsteuer die Plastikschwemme reduzieren und die eigenen Kassen füllen. Die neue Abgabe soll die EU endlich von der Abhängigkeit von Zuweisungen aus den Mitgliedstaaten befreien.

Steuer-Kritiker führen an, dass der Staat seine Bürger nicht bevormunden sollte. Auf breiter Front etabliert sich allerdings das Gegenteil: Höhere Preise für Hochprozentiges soll den Alkoholkonsum eindämmen, fordern Suchtexperten und Krankenkassen. Eine Zuckersteuer soll helfen, Übergewicht entgegenzuwirken.

Mit solchen Sündensteuern erheben die Bevormundungspolitikern den Anspruch, es besser zu wissen als der mündige Bürger, der sich gegen Brennesseltee aus dem Bioladen und für den zuckerhaltigen Softdrink von der Tanke entscheidet, wie das Handelsblatt unlängst betonte.

Dies nennen Experten einen „paternalistischen Ansatz“. Die Politik bevormundet die Verbraucher und schlüpft in die Rolle von Eltern, die ihre Kinder erziehen und ihnen beibringen, was gut und was schlecht für sie ist. Darin sehen Kritiker eine bedenkliche Form von Überheblichkeit.

In jedem Fall brauchen Verbrauchsteuern auf als schädlich eingestufte Produkte eine noch bessere Begründung.

Denn mit ihnen greift die Politik nicht nur in die Souveränität und Eigenverantwortung der Konsumenten ein. Sie trifft eher ungewollt auch besonders die Bürger mit den niedrigsten Einkommen. Man befürchtet Sündensteuern auf breiter Front: Für Leistungssportler, weil die ihren Körper kaputt machen und enorme Kosten verursachen. Für Betreiber gefährlicher Sportarten. Für Veganer, falls Mangelernährungskrankheiten auftreten, und für Nicht-Veganer, weil sie sich sowieso ständig falsch ernähren.

Sündensteuern funktionieren meistens nicht richtig: Durch die in den 2000er Jahren eingeführte Steuer auf Alkopops saufen sich beispielsweise weniger Jugendliche als zuvor damit ins

„Die Politik bevormundet die Verbraucher und schlüpft in die Rolle von Eltern, die ihre Kinder erziehen und ihnen beibringen, was gut und was schlecht für sie ist. Darin sehen Kritiker eine bedenkliche Form von Überheblichkeit.“

Koma. Dafür ist es populärer geworden, sich Hochprozentiges, aber niedrig Besteueres selbst zu mixen.

Tabaksteuern hatten jahrzehntelang wenig Einfluss auf das Rauchverhalten und trugen weniger zur Eindämmung des Rauchens bei als Aufklärung oder klare Verbote.

In Frankreich, Dänemark und Ungarn hat sich der Konsum von mit Sündensteuern belegten Lebensmitteln nach einem ersten Rückgang wieder auf dem alten Niveau stabilisiert. Die dänische Fettsteuer war so unpopulär und ergebnislos, dass sie von den Politikern wieder abgeschafft wurde. Finnien haben ihre Süßsteuer auch wieder abgeschafft. Noch komplizierter ist der wirtschaftliche Gesamtrahmen. Etwa, dass Zucker auf EU-Ebene subventioniert wird und in den vergangenen Jahren immer billiger geworden ist.

Der Zuckerverbrauch der Bevölkerung war vor Jahrzehnten viel höher als heute und stagniert seit Jahren. Studien in ganz Europa zeigen, dass die Zunahme von Fettleibigkeit und Diabetes nicht dem Muster des Zuckerkonsums in der Bevölkerung folgt.

Jetzt setzen Forscher aus Karlsruhe noch ein Argument drauf und bringen die Protagonisten von Sündensteuern in Verlegenheit. Raucher in Deutschland entlasten Sozialkassen und Steuerzahler unter dem Strich um etwa 36 Milliarden Euro. ▶

Verbrauchsteuern Bundesrepublik Deutschland heute und früher

Aktuelle Verbrauchsteuern:

Energiesteuer, Stromsteuer, Zwischenerzeugnis-Steuer, Tabaksteuer, Kaffeesteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Schaumweinsteuer, Alkopopsteuer

Aufgegebene Verbrauchsteuern:

Salzsteuer, Zuckersteuer, Zündwarensteuer (Zündwarenmonopol), Leuchtmittelsteuer, Teesteuer, Spielkartensteuer, Essigsäuresteuer, Kernbrennstoffsteuer

erhoben wurde.

Doch Verbrauchsteuern haben insbesondere eine Lenkungsfunktion. Die Bürger sollen über den Geldbeutel zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden. Das ist zwar üblich, aber dadurch wird es nicht richtiger.

Was schädlich ist, kann und soll der Staat teurer machen, so der durch nichts gerechtfertigte Glaube. Dann sinkt der Konsum, so dass die Gesellschaft insgesamt profitiert. Man spricht in Fachkreisen deshalb von „Sündensteuern“. Volks-



Prof. Dr. Berthold Wigger: „Sündensteuern sollten keine Zwangstherapie gegen menschliche Schwächen sein.“

Das haben die Forscher Berthold Wigger und Florian Steidl vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) errechnet.

Wigger und Steidl weisen darauf hin, dass Raucher ungefähr fünf Jahre früher als Nichtraucher sterben und entsprechend keine Altersrenten und Ruhegelder mehr beziehen. Der Effekt ist nach Angaben der Studie finanziell weitaus stärker als Mehrkosten durch zusätzliche medizinische Behandlung oder frühzeitiges Ausscheiden von Rauchern aus dem Erwerbsleben. Die höhere Sterblichkeit der Raucher würde eher zu einer finanziellen Entlastung als zu einer Belastung der Gesellschaft führen, argumentieren die beiden Forscher. Allein aus der Kostenperspektive lasse sich eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer somit nicht rechtfertigen.

Dabei ist das Thema Tabaksteuer gerade verstärkt in den Fokus der Politik geraten. EU-Gesundheitskommissar Andriuskaitis hat kürzlich höhere Steuern auf Tabak und Alkohol gefordert. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland keine Steuer, die in den vergangenen 15 Jahren so häufig und so drastisch angehoben wurde wie die Tabaksteuer.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat eine Überprüfung des Steuerersatzes für Heat-not-burn-Produkte, bzw. die Steuerfreiheit für E-Zigaretten schon eingefordert. Denn diese sog. Harm-Reduction-Produkte sollen ganz klar eine Alternative zur Zigarette darstellen. Zurzeit werden Heat-not-burn-Produkte als Pfeifentabak versteuert. Die Steuer beträgt nur rund ein Viertel der normalen Zigarettensteuer. Die Ersparnis

bei der Tabaksteuer würde sich dann auf jährlich bis zu 500 Millionen Euro summieren – für den Hersteller.

Sogar Michael von Foerster, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der deutschen Rauchtobakindustrie, sagt: „Den Tabak für Heat-not-burn-Produkte als Pfeifentabak zu besteuern, spiegelt nicht die Realität wider.“

Die Branche zeigt sich gespalten. Auf der größten Fachmesse in Deutschland, der InterTabac, vor wenigen Wochen zeigte sich, dass die Diskussion um die Tabaksteuer auch in der Branche Sprengkraft besitzt. Die großen internationalen Konzerne, die den elektronischen Tabakmarkt promoten, möchten mit einem zentralen Dachverband die Mittelständler mundtot machen und vor allem die auf

den verschiedenen Produkten aufbauenden Fachverbände für den Tabakwareneinzelhandel, für Zigarren sowie für Pfeifen- und Schnupftabak oder ähnliches einverleiben. Auf Nachfrage von Journalisten wurde schnell klar, dass der Dachverband mangels teilnehmender Unterverbände, die sehr stark mittelständisch geprägt sind, wohl gestorben ist.

Die Diskussion um Sündensteuern geht, wie man sieht, viel tiefer, als man auf den ersten Blick meint. Sie greift weit in den Freiheitsbegriff des Individuums ein und beeinflusst massiv gewachsene traditionelle Branchen der deutschen Wirtschaft. Tabak ist der Anfang. Zucker, Fett, Alkohol werden folgen. Der Bund der Steuerzahler wird darauf ein Auge haben. ♦

Analyse der US-Steuerreform Handlungsbedarf im deutschen Steuerrecht

Mit der Anfang 2018 in Kraft getretenen US-Steuerreform haben die Vereinigten Staaten die Steuerlast auf Unternehmensgewinne um mehr als zehn Prozentpunkte gesenkt. Eine neue Studie der vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft zur US-Steuerreform bestätigt die Berechnungen und Forderungen des Bundes der Steuerzahler. Nachgewiesen wird, dass die effektive Steuerlast, die vorher in Deutschland spürbar unterhalb der in den USA lag, jetzt deutlich höher liegt. Das schwächt Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb. vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt erklärt: „Aufgrund der gesunkenen Effektivsteuerbelastung und besonderer Regelungen für exportierende Unternehmen ist das bisherige Hochsteuerland USA jetzt als Investitionsstandort auch für deutsche international aktive Unternehmen besonders attraktiv. Umgekehrt verliert Deutschland an Attraktivität für ausländische Investoren hierzulande.“ Auch durch Steuersenkungen in anderen Ländern, etwa Frankreich und Belgien, gerät Deutschland immer weiter ins Hintertreffen. Notwendig seien die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung, Korrekturen im deutschen

Außensteuerrecht, die Weiterentwicklung der Abschreibungsbedingungen für digitale Investitionen und weitere gezielte Maßnahmen bis hin zum Abbau des Solidaritätszuschlags und eine niedrigere, wettbewerbsgerechte Belastung der Unternehmen mit Ertragssteuern. ♦



Bertram Brossardt, vbw-Hauptgeschäftsführer: „Durch internationale Entwicklungen wird längst bekannter Handlungsbedarf im deutschen Steuerrecht noch dringlicher.“